

Online-Texte der Evangelischen Akademie Bad Boll

Die notwendige Modernisierung des Sozialstaates in Russland und Deutschland

Alexander Rahr

Ein Beitrag aus der Tagung:

Russland und Deutschland

Hoffnungen und Missverständnisse

Bad Boll, 6. – 7. Oktober 2006, Tagungsnummer: 520406

Tagungsleitung: Kathinka Kaden

Bitte beachten Sie:

Dieser Text ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers/der Urheberin bzw. der Evangelischen Akademie Bad Boll.

© 2006 Alle Rechte beim Autor/bei der Autorin dieses Textes

Eine Stellungnahme der Evangelischen Akademie Bad Boll ist mit der Veröffentlichung dieses Textes nicht ausgesprochen.

Evangelische Akademie Bad Boll
Akademieweg 11, D-73087 Bad Boll
E-Mail: info@ev-akademie-boll.de
Internet: www.ev-akademie-boll.de

Die notwendige Modernisierung des Sozialstaates in Russland und Deutschland

Alexander Rahr

I. Ländervergleich

Die beiden größten Nationen Europas, Russland und Deutschland, stehen vor einer großen Herausforderung einer grundlegenden Reformierung ihrer sozial-wirtschaftlicher Systeme. Die Modernisierung des Sozialstaates in Deutschland und die Errichtung eines solchen in Russland verlaufen in völlig unterschiedlichen Zeitfenstern. Deutschland muss seinen Sozialstaat, der ein halbes Jahrhundert lang zu den vorbildlichsten der Welt gehörte und heute nicht mehr bezahlbar ist, umbauen. Russland verfügte seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion über kein funktionierendes Sozialsystem und muss ein neues aufbauen.

In Deutschland weiß die Große Koalition nicht, woher sie das Geld für den Umbau nehmen kann. Die Kosten für die Arbeitslosenunterstützung bei 5 Millionen Arbeitslosen sind explodiert. Weitere Steueranhebungen – nach der Heraufsetzung der Mehrwertsteuer um drei Prozentpunkte zu Beginn des nächsten Jahres -- sind für die Bevölkerung unzumutbar. Das derzeitige Rentensystem, das auf einem Generationenvertrag beruht, kann nur funktionieren, wenn es in Deutschland genug arbeitende Menschen gibt. Die demographische Entwicklung verheißt aber nichts Gutes. Die Lebensdauer der Bevölkerung ist im Vergleich zur Mitte des vergangenen Jahrhunderts um 20 Jahre angestiegen. Immer mehr ältere Menschen müssen von immer weniger Nachkommen ernährt werden. Nicht mehr aufrecht zu erhalten ist auch das überteuerte deutsche Gesundheitssystem.

Drei grundlegende Entwicklungen machen die Reform in Deutschland notwendig. Zum einen steigt die Staatsverschuldung, besorgniserregend ist die negative demographische Entwicklung und auch das Vertrauen der Bürger in die Demokratie sinkt.

Viele Experten schieben die Schuld für die Kostenexplosion auf die Wiedervereinigung. Den jährlichen Transfer von 100 Milliarden von West – nach Ostdeutschland könne keine Volkswirtschaft auf die Dauer verkraften. Darüber hinaus muss sich das wiedervereinigte Deutschland, gemäß seinem Status, neuen Aufgaben auf der globalen politischen Ebene widmen. Deutschland ist einer der Hauptförderer des EU-Erweiterungsprozesses und nimmt an zahlreichen Friedensmissionen in Konfliktregionen teil.

Das Zeitfenster für die Große Koalition ist relativ klein. Nach drei Jahren wird höchstwahrscheinlich eine der beiden Volksparteien in die Opposition abgedrängt. Die absolute Mehrheit im Parlament, die für die Durchführung dieser Reformfülle unbedingt erforderlich ist, wäre für die handelnde Regierung nicht mehr gegeben.

Russland hat dagegen andere Probleme. Es schwimmt in Petrodollars und weiß nicht, wie man diese vernünftig ausgeben kann, ohne die Inflation anzuhetzen. Seit 1999 hat Russland mehr als 200 Milliarden US Dollar Überschuss am Energieexport erzielt. Anstatt das Geld, wie in den ersten Jahren, in ausländischen Fonds anzulegen, soll ein Teil des Vermögens jetzt für den Aufbau eines Sozialsystems ausgegeben werden. Anders als Deutschland, braucht Russland für seine Sozialreform kein Geld bei der Bevölkerung zu erheben.

In Deutschland muss die Große Koalition ihr Reformprojekt gegen den Widerstand zahlreicher mächtiger Verbände und Lobbys durchbringen, die ihre Besitzansprüche und Einflusssphären zäh verteidigen. In der Gesundheitsreformdebatte haben sich beispielsweise Arbeitgeber – und Gewerkschaftsverbände miteinander gegen die Regierung verbunden. Auch hat sich die deutsche Bevölkerung an Komfort gewöhnt und fürchtet sich vor einem plötzlichen Verlust des jahrzehntelang angehaltenen Wohlstands. Die neue deutsche Mentalität scheut jegliches Risiko. Das Gespenst der Armut geht zu ersten Mal seit 50 Jahren wieder um in Deutschland. Erschreckend ist die Perspektivlosigkeit für Heranwachsende.

Im politischen Establishment in Deutschland dominieren, grob gesprochen, zwei unterschiedliche Herangehensweisen an die gegenwärtigen Probleme des Landes. Die linken Parteien fordern vor allem soziale Gerechtigkeit und den Schutz für Schwache. Die konservativen und neoliberalen Parteien bauen auf die unternehmerische Unterstützung und mehr Eigenverantwortung. Inzwischen wird jedermann klar, dass die traditionellen Argumente ihre Wirkung verlieren. Das Sozialsystem ist durch jahrelangen Missbrauch von staatlicher Sozialhilfe geschwächt worden und vielen Unternehmensführungen geht es bei ihren Forderungen nach Senkung der Lohnnebenkosten sowie flexibleren Arbeitsmarkt nicht um Freiräume für die Schaffung neuer Arbeitsplätze sondern ebenfalls um Besitzstandswahrung. Als Selbstbedienungsladen kann der deutsche Wohlfahrtsstaat nicht länger funktionieren.

Allen politisch Verantwortlichen wird allmählich klar, dass Europas Industrienationen von den neuen asiatischen Tigern auf dem Weltmarkt verdrängt werden. Im Verlauf der bisherigen Menschheitsgeschichte konnte Europa immer von sich behaupten, Motor für die Entwicklung auf der Erde zu sein. In diesem Jahrhundert wird sich das Zentrum des Weltgeschehens auf den asiatisch-pazifischen Raum verlagern. Deutschland, die EU und Russland. Aber auch die USA stehen vor großen Herausforderungen was die aufsteigenden Mächte Indien und China betrifft. Will die EU und Russland nicht an Gewicht verlieren, müssen sie versuchen, die Kooperation zu einer gemeinsamen Wertepartnerschaft vertiefen.

Russland ist ein Land zwischen Europa und Asien. Russland wird versuchen, die Gewichtsverlagerung in der Weltwirtschaft für sich zu nutzen. Derzeit nimmt das Land wirtschaftliche und politische Elemente aus beiden Erdteilen in sich auf. Was die politische und wirtschaftliche Entwicklung angeht, so glauben Experten inzwischen, dass Russland eine „gelenkte Demokratie und Marktwirtschaft“ nach dem chinesischen Modell dem westlichen liberalen System vorzieht. Kulturell fühlt sich Russland trotzdem europäisch. Die asiatische Zivilisation sieht Russland für sich als Bedrohung an.

Dass Russland sein Sozialsystem auf ein europäisches Modell ausrichten möchte, fördert Chancen der Anbindung Russlands an Europa.

Die Reformvorhaben in Deutschland und Russland lassen sich ansonsten schwer miteinander vergleichen. Wenn man russischen Politikern die Reformausgangslage in Deutschland zu erklären versucht, ernten man nur Kopfschütteln: die übersättigten Deutschen wüssten aufgrund ihres Komforts gar

nichts von wirklichen existentiellen Problemen der Welt. In Deutschland versteht man andererseits die Leidensfähigkeit der russischen Bevölkerung nicht: wieso beehrte niemand gegen diese Art von sozialem Misstand auf?

Nichtsdestotrotz lohnt sich der Systemvergleich Deutschland – Russland im Jahre 2006. Russland kann durch das Studieren der deutschen Gegenwartsprobleme Gefahren für die eigene Entwicklung früher erkennen. Deutschland, das mit Russland seit 16 Jahren in enger Partnerschaft kooperiert, ist wie kein anderes europäisches Land an einer Stabilität in Russland interessiert. Außerdem ergeben sich im Zuge der Implementierung der so genannten „nationalen strategischen Projekte“ Betätigungsfelder für deutsche Investoren in Russland.

II. Nationale Strategische Projekte in Russland

In den neunziger Jahren durchlief das postkommunistische Russland eine wilde Phase des Kapitalismus. Der politisch machtlose und finanziell verschuldete russische Staat war nicht im Stande, die existenziellen Grundbedürfnisse seiner Bevölkerung zu sichern. Der Staat begründete mit den Bürgern einen inoffiziellen „Sozialpakt“: der Staat erklärte, er könne seinen sozialen Verpflichtungen in einer zivilisierten Art und Weise nicht nachkommen, dafür verzichtete er auf die Erhebung von Steuern. Die Wirklichkeit bestand darin, dass der Staat oft Löhne, Gehälter und Renten monatelang nicht auszahlte und der Selbstversorgungsgrad der Gesellschaft immer weiter anstieg.

Die Folge dieser verfehlten Sozialpolitik war die Ausbildung einer Schattenwirtschaft. Die Korruption erhielt im postsowjetischen Russland eine neue Dimension. Um die einfache Bevölkerung in der Phase der höchst fragwürdig durchgeführten Privatisierung des ehemaligen Staatseigentums zu besänftigen, wurden den meisten Bürgern der von ihnen zu diesem Zeitpunkt bewohnte Wohnraum „geschenkt“. Über Nacht wurde ein Großteil der Bevölkerung Privatbesitzer ihrer Wohnungen. Die Kehrseite der Medaille: für die Instandsetzung und notwendige Sanierung der meist alten Wohnungen gab es von Seiten des Staates keine Unterstützung.

Für die in der sowjetischen Versorgungsmentalität aufgewachsenen Bevölkerung, die aufgrund ihrer isolierten Entwicklung kein anderes Wirtschafts- und Sozialsystem kennen gelernt hatte, war die psychologische Umstellung kompliziert. Erschwerend kam hinzu, dass die russische Wirtschaft in den neunziger Jahren zwei Mal kollabierte (1992 als Folge einer Hyperinflation nach der radikalen Freisetzung der Preise sowie 1998 als Folge einer katastrophalen Staatsverschuldung).

In Russland wurde 1991 der Kapitalismus anstelle des Kommunismus in der brutalmöglichsten Form begründet. Ohne Rücksicht auf Verluste, wurde eine Marktwirtschaft nach klassischen *laissez-faire* Methoden eingeführt. Der Westen unterstützte die unerfahrenen Jungreformer um Boris Jelzin aus der Angst heraus, dass andere Alternativen den Kommunismus, den man für immer besiegen wollte, nach Russland zurückbringen würden. Aus heutiger Sicht grenzt es fast an ein Wunder, dass die russische Gesellschaft die verschiedenen wirtschaftlichen und sozialen Katastrophen der neunziger Jahre doch relativ unbeschadet überstand. In seiner Rücktrittsansprache am Silvesterabend 1999 entschuldigte sich der scheidende Präsident Boris Jelzin bei den Russen für seine politischen Verfehlungen.

Die heutige Entwicklung in Russland, die von Außenstehenden als „autoritär“ bezeichnet wird, ist eine Reaktion auf die neunziger Jahre, als viele Menschen sich ihrer Existenzgrundlage beraubt fühlen

mussten. Die Einführung der Privatwirtschaft – die im Westen als Hinwendung zu einem liberalen westlichen marktwirtschaftlichen Modell gefeiert wurde – wird in breiten Gesellschaftskreisen Russlands heute als „Ausplünderung“ des Landes durch ein neues „Raubrittertum“ verstanden. Vladimir Putins Ordnungspolitik wird von einem überwältigenden Großteil der russischen Bevölkerung als die einzige Alternative zu den „Wirren“ der neunziger Jahre begrüßt. Putin hat in der Tat die Staatsordnungsmacht wieder ins Zentrum der Wirtschaftsentwicklung gerückt, die Gefahr eines weiteren Zerfalls Russlands abgewendet und im September 2005 mit dem Aufbau eines Sozialsystems begonnen, das im Jahre 2008 – wenn in Russland ein neuer Präsident gewählt werden soll – erste Früchte tragen soll. In einer aktuellen Meinungsumfrage gaben 42% der Russen an, sie würden die Chance unbegrenzt Geld zu verdienen in ihrer persönlichen Prioritätsskala weit vor die Frage der Meinungsfreiheit und Menschenrechte stellen. Ökonomische Vorstellungen spielen für die einen großen materiellen Nachholbedarf verspürenden Russen somit die entscheidende Rolle.

Im September 2005 proklamierte Putin auf einer gemeinsamen Sitzung der Regierung, Gouverneure und Parlaments eine neue russische Sozialpolitik. Er identifizierte vier nationale strategische Projekte, entlang deren ein modernes Sozialsystem im Land neu aufgebaut werden soll. Die Regierung wurde mit der Durchführung der ambitionierten Projekte beauftragt. Hauptverantwortlicher für die Sozialreform ist Vizepremier Dmitrij Medwedew, Putins ehemaliger Stabschef und wahrscheinlichster Nachfolgekandidat für den Präsidentschaftsposten 2008. Er darf die zuvor in einem Stabilitätsfond gebunkerten Milliarden Dollar aus dem Exportgeschäft nun breiten Bevölkerungsteilen zugänglich machen. Kein Wunder, dass Kritiker die Sozialreform zunächst als Public Relation Kampagne für Medwedews Präsidentschaftswahlkampf anprangerten.

Widerspenstige Oppositionsparteien, Verbände und Gewerkschaften muss Medwedew in Russland nicht fürchten. Sein Hauptgegner ist die korrupte Bürokratie, vor allem auf regionaler Ebene. Medwedew musste ein System erfinden, die Finanzmittel in Umgehung der Regionen, Städte und Gemeinden direkt an den Adressaten zu übermitteln. Dass die Hindernisse und der Boykott dieser Maßnahmen von unten bedeutend sein würden, war der Regierung von vorne herein klar.

Der 2005er Reform war eine andere Reform vorausgegangen, die soziale Zuwendungen des Staates, wie kostenfreie Benutzung der Nahverkehrsmittel für ehemalige Militärs, Pensionäre und Ordensträger, durch Geldtransferleistungen ersetzte. Aufgrund zahlreicher Proteste in der Bevölkerung wurde diese Reform jedoch stark verwässert.

Die nationalen strategischen Projekte werden seit einem Jahr implementiert. Von Regierungsseite werden sie als positiver Durchbruch auf dem Weg zu einem Sozialstaat angepriesen. Putin sagte bei einem Treffen mit ausländischen Politologen im September, die Zahl der Menschen, die unter dem Existenzminimum lebten, sei in seiner Präsidentschaft von 40 auf 20 Millionen halbiert worden. Doch in Expertenkreisen fragt man sich, ob die Regierung überhaupt ein Reformkonzept habe. Die Reform wird praktisch vom Zentrum aus dirigiert. Dort fürchtet man sie auf regionale Ebene zu verlagern, weil man lokalen Behörden misstraut. Somit sind aber die regionalen Behörden nicht in der Verantwortung und besitzen nicht die notwendige Information. Auch die Unternehmer seien nur begrenzt in die Realisierung der Sozialprojekte eingebunden worden dabei kann gerade der Mittelstand und der Dienstleistungssektor von den Projekten profitieren. Selbst in der Regierung gibt es Stimmen, die einerseits das Geld aus Angst vor einer Inflation nur sehr sparsam ausgeben möchten und andererseits stattdessen den Ausbau der Infrastruktur fordern. Ohne massive staatliche Investitionen in den Transportsektor, der weiterhin ein nationales Desaster darstellt, könne die allgemeine Wirtschaftslage kaum entscheidend verbessert werden.

II.1. Bildungsreform

In der Bildungsreform wurden vier Maßnahmen eingeführt: Computerisierung von Schulen, Gehaltserhöhungen für Lehrer, 10.000 Sonderprämien und Stipendien für pflichtbewusste Lehrer und begabte Schüler, sowie Errichtung von 2 Wirtschaftseliteuniversitäten. Dass die unterbezahlten Lehrkräfte dringend stimuliert werden mussten, lag auf der Hand. Ob das nur mit finanziellen Zulagen bewirkt werden konnte, wird von Experten angezweifelt. Viel wichtiger wäre es gewesen, die Vorschulbildung zu reaktivieren, Korruption bei Examen zu bekämpfen und Bildungseinrichtungen materiell auszustatten.

Zweck der Reform ist es, das alte hohe Bildungsniveau aus der Sowjetzeit für die Gegenwart zu erhalten, den Lehrerberuf wieder attraktiv zu machen und eine Anwanderung von Studierenden ins Ausland zu unterbinden.

II.2. Wohnungsbau

Seit der Privatisierung des ehemaligen staatlichen Wohnsektors der Sowjetunion befindet sich der absolute Großteil der Wohnflächen in Privatbesitz. Doch damit entstanden auch wesentliche Probleme. Für den neuen Wohnungsbesitzer war das staatliche Geschenk eher eine Last. Da sich der Staat aus jeglicher Wohnungsverwaltung zurückzog und die Bürger kaum Rücklagen bilden konnten, ist seit 1990 eine deutliche Verschlechterung der Wohnsituation in Russland festzustellen. Das Bankenwesen besteht auch nur rudimentär sodass die Bürger nicht die Möglichkeit haben, Kredite für Bauinvestitionen zu tätigen, obwohl die seitens der Bevölkerung gewünscht wird. 80% der Bürger würden einen Kredit für die Instandsetzung ihrer gegenwärtigen Wohnung dringend benötigen. Durch die Privatisierung der russischen Wohnfläche ergab sich auch ein strukturelles Problem, welches die Verwaltung der Wohnung betrifft. Wer ist für die Instandsetzung der Wohnungen verantwortlich? In Deutschland sind das die Wohnungsgesellschaften. In Russland sind diese unterentwickelt. Der russische Staat ist gefordert, noch stärker marktwirtschaftliche Strukturen auf dem Wohnungsmarkt zu errichten.

Für den Wohnungsbau und den Erhalt des Wohnraumes wurden neue Förderungsprogramme aufgelegt. Sie verschlingen 40% der Gesamtsumme von 5 Milliarden US-Dollar, die für die nationalen strategischen Projekte offiziell zur Verfügung gestellt wurden. Minderbemittelte Familien sollen die Möglichkeit bekommen, günstige Hypothekenkredite aufzunehmen. Statt hochwertiger Wohnhäuser, die gegenwärtig in den Städten wie Moskau wie Pilze aus dem Boden sprießen, sollen Billigwohnungen für Normalbürger entstehen. Bis 2010 soll ein Drittel der Bevölkerung im neuen Eigenheim oder modernerer Wohnungen leben können. Die Kommunaldienstleistungen (Wasser-, Gas-, Stromversorgung) sollen in die Verantwortung privater Firmen übergeben werden, welche miteinander konkurrieren und somit die Tarife niedrig halten sollen. Bisher war der Staat alleine für die kommunalen Dienstleistungen zuständig.

Auch diese Reform wurde in Expertenkreisen wegen ihrer Unvollständigkeit kritisiert. Für viele der privaten Wohnungsgesellschaften gibt es noch keinen rechtlichen Rahmen. Einen Hypothekenkredit könnten sich nur 6% Russen leisten, die Reform würde wieder nur die Besserverdienenden bevorzugen. Im derzeitigen Bauboom für höherwertige Wohnungen existieren überhöhte Preise, was dazu führen könnte, dass – im Falle eines Rückgangs der Wirtschaftskonjunktur -- die Baubranche in Mitleidenschaft gezogen werden könnte.

II.3. Gesundheitswesen

Der russische Staat gibt 3% seines BIP für Gesundheitsfürsorge aus; Deutschland – 9%. Laut Angaben der Weltgesundheitsorganisation liegt Russland bei den Ausgaben für medizinische Versorgung der Bevölkerung auf dem 57. Platz, bei der Qualität der medizinischen Versorgung jedoch nur auf Platz 130. In Russland ist offiziell die medizinische Grundversorgung kostenfrei, in Wirklichkeit ist das Gesundheitssystem von Korruption zerfressen. 95% der Behandlungen werden auf dem Wege der Korruption vollzogen. Die Gesundheitsfürsorge existiert in Russland nur auf sehr niedrigem Niveau und ist regional unterschiedlich. Die Situation im russischen Gesundheitswesen kann aus westlichen Gesichtspunkten durchaus als katastrophal bezeichnet werden. Während die medizinische Versorgung in der Sowjetunion vor 40 Jahren mit dem Niveau Großbritanniens vergleichbar war, so ist sie heute um zweieinhalb Mal schlechter. Es herrscht Fachkräftemangel auf allen medizinischen Gebieten. In Kliniken sind die medizinischen Posten nur zu 56% belegt, 30% der Ärzte hatten seit 5 Jahren keine Fortbildung, es existiert chronischer Mangel an Diagnosegeräten, 50% der medizinischen Technologie ist veraltet, im Land fehlen Medikamente und Impfstoffe. 38% der Patienten können sich nicht gesund pflegen. Die Lebenserwartung ist in vergangenen Jahren, insbesondere bei Männern, besorgniserregend gesunken (57 Jahre). Nur die Hälfte der russischen Bevölkerung glaubt, Umfragen zufolge, an einen Erfolg der Gesundheitsreform.

Die Regierung wird die Förderung des Gesundheitsreformprogramms 2007 um 70% steigern. Sie beschloss Krankenhäuser modernisieren und Ärzten und Arztschwestern in Krankenhäusern das Gehalt zu erhöhen (künftig Durchschnittsgehalt eines Arztes 450 € monatlich). Die Gehälter werden weiter steigen, denn die Regierung hat erkannt, dass Mediziner in Russland zumindest Durchschnittsgehälter verdienen müssen. Heute bekommt ein Bankangestellter drei Mal so viel wie ein Arzt. Zunächst sollen die Gehälter beim Krankenhauspersonal erhöht werden. Die Fachärzte, die keine Gehaltserhöhung erhalten haben, sollen vertröstet werden. In den Jahren 2006/07 sollen 65% der Krankentransportwagen erneuert werden. Im Land werden 15 neue hochtechnologisch ausgerüstete medizinische Zentren errichtet. Des Weiteren sollen Zusatzleistungen über eine Zusatzversicherung beglichen werden, die Bevölkerung wird dazu animiert, sich freiwillig zu versichern.

II.4. Landwirtschaft

Die Produktion im Landwirtschaftssektor ist im Vergleich zu den 1990er Jahren um das Dreifache gesunken. Die technologische Basis des Agrarsektors ist verbraucht. Die Landwirtschaft ist in Russland privatisiert worden und liegt in den Händen größerer Landwirtschaftsunternehmen, die jedoch keine Finanzmittel für die Modernisierung ihrer Technik besitzen. Ihnen sollen jetzt Kreditaufnahmemöglichkeiten und Leasing-Schemen zugestanden werden. Importzölle für ausländische Fuhrwerktechnik sollen reduziert werden, da die Inlandsproduktion für den Agrarsektor Lücken aufweist.

Die Regierung möchte künftig auch die Privatbauern stärker unterstützen und somit im Agrarsektor Wettbewerb stärken. 6% des BIP im Landwirtschaftssektor wird von den 260.000 Farmern im Land aufgebracht.

III. Demographische Herausforderungen für Deutschland und Russland

Die demographische Herausforderung ist in Deutschland als auch in Russland als eine der größten künftigen Gefahren für die Gesellschaften beider Länder erkannt worden.

In Russland hinterließen die beiden Weltkriege und die Hungersnöte deutliche Spuren. Besorgniserregend ist allerdings der Bevölkerungsrückgang seit den 1990ern. Seit 1993 schrumpft die russische Bevölkerung „trotz Friedenszeiten“. Verantwortlich für diese Entwicklung ist der niedrige „Reproduktionsfaktor“, der seit 1960 kontinuierlich in Russland schrumpft. Dieser gibt an, wie viele Mädchen auch Mutter werden, also letztlich die Geburtenrate. Derzeit beträgt die Geburtenrate in Russland einen vergleichbaren Wert wie in Deutschland – ca. 1,3. Der Unterschied besteht allerdings in der Babyboomphase Westdeutschlands in den 1970ern, die es in Russland nicht gegeben hat. Beeinträchtigt wird die negative Bevölkerungsentwicklung noch durch die niedrige Lebenserwartung in Russland. Sie ist im Jahre 2004 auf dem Stand von vor 100 Jahren.

Um diese Entwicklung entgegenzuwirken werden derzeit zwei mögliche Alternativen in Russland diskutiert. Die erste Alternative umfasst eine aktive Familienpolitik des Staates. Zu den infrage kommenden Instrumenten hierfür gehören Geburtenprämien, Kindergelder, aber auch Darlehen für ein künftiges Studium. Die Regierung möchte 1 Milliarde € pro Jahr für Kinderförderung ausgeben. Die Geburt eines Kindes wird vom Staat mit einer Summe von bis zu 3000 € „honoriert“, wobei die Eltern das Geld nicht ausbezahlt bekommen, sondern einen Bonus für die spätere Ausbildung oder Anschaffung eines Eigenheims bekommen können.

Die zweite Alternative beinhaltet eine gezielte Zuwanderung. Um den Bevölkerungsrückgang allerdings effektiv entgegenwirken zu können, benötige Russland jährlich eine Zuwanderung von 1,2 Mio. Immigranten. Im russischen asiatischen Osten könnten schon in wenigen Jahren ganze Landstriche menschenleer werden. Neben den negativen Auswirkungen auf die nationale Wirtschaftskraft in Sibirien und Fernost drohen Russland auch territoriale Verluste, beispielsweise durch die massenhafte Migration von Chinesen. Der demografische Faktor bedroht die innere Sicherheit Russlands. Die russische Bevölkerung sinkt jährlich um eine halbe Million Menschen. Die Weltbank hat kürzlich einen Immigrationszuwachs von 1 Million Menschen pro Jahr errechnet, um das Wirtschaftswachstum nicht zu gefährden. Noch lässt sich der negative Trend durch die staatlich geförderte Immigration von ethnischen Russen aus dem so genannten Nahen Ausland, also aus den anderen post-sowjetischen Republiken aufhalten, aber wie lange noch?

Russland und Deutschland stehen vor der Frage, ob sie den Arbeitskräftemangel, der ihre sozialwirtschaftliche Systeme schon in zwei Jahrzehnten bedrohen könnte, durch verstärkte Migration ausgleichen kann. Doch die letzten Ereignisse in ganz Europa haben gezeigt, dass die Einwanderungspolitik und Integrationsmodelle an zivilisatorische Grenzen stoßen. Einwanderer aus islamischen Ländern sind in der zweiten und dritten Generation gar nicht wirklich assimiliert worden. Idealvorstellungen von „Multi-Kulti“ haben vielerorts in der EU nicht zur erhofften Assimilation, sondern zur Ausbildung von Parallelgesellschaften geführt.

Deutschland und Russland werden in den nächsten Jahren unter immer größeren gesellschaftlichen Handlungsdruck geraten. Wie organisiert man ein Nebeneinander zwischen der Kernbevölkerung und Einwanderern aus fremden Kulturen, so dass die nationale Sicherheit und nationale Identität des Staates

tes gewährleistet werden? In naher Zukunft stellt sich für die russische und die deutsche Seite gleichermaßen die Frage nach der Integration von muslimischen Minderheiten in christlich geprägte Gesellschaften.

In beiden Ländern diskutiert man heute über eine kontrollierte Einwanderungspolitik, die sich an Verfassungstreue, Sprachkenntnissen und einer nationalen Leitkultur orientieren soll. Alternativ debattiert man über multikulturelle Bildungssysteme und eine degressive Inanspruchnahme der Sozialsysteme. Ein stetiger Übergang von Fördern zu Fordern soll erreicht werden. Experten empfehlen die Suche nach gemeinsamen Ausbildungsstandards basierend auf Prinzipien der Multikulturalität und gemeinsamer Sozialisierung in Schulen und Kindergärten. Schließlich denken Experten darüber nach, wie staatliche Subventionen auf Wachstumsregionen fokussiert werden können, wie die wirtschaftliche Förderung zukunftssträchtiger Wachstumsregionen forciert, unwirksame Subventionen umgeleitet und die Mobilität innerhalb der Bevölkerung erhöht werden kann.

Alexander Rahr

Programmdirektor Körber-Arbeitsstelle Russland/GUS,
Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Berlin